

KOMMENTARE

Todesdrohungen gegen Juden in Deutschland
Angriff auf uns alle

Es wäre falsch zu sagen, der Judentumhass sei erst mit den muslimischen Migranten nach Deutschland zurückgekehrt. Er war nie weg. Er nistet in den braunen Brutstätten der alten Rechten ebenso wie im Gutmenschen-Gehabe der neuen Linken, oft geschickt getarnt als Kritik am Agieren des Staates Israel. Neu allerdings ist, dass in Berlin-Neukölln und anderswo ein hasserfüllter Mob wieder auf offener Straße „Tod den Juden“ ruft und israelische Fahnen verbrennt. Neu ist, dass jüdische Kinder in Schulen nicht mehr die Kippa zu tragen wagen oder, wenn sie es trotzdem tun, verprügelt werden. Neu ist, dass in Facebook und anderen sozialen Netzwerken Gewaltphantasien gegen Juden wieder freier Lauf gelassen wird, ungeniert und ungestraft.

Bei aller berechtigten Kritik an der Politik Trumps und Netanjahus: Die Szenen, die sich zuletzt auf deutschen Straßen abgespielt haben, müssen allen Verantwortungsträgern in Politik und Polizei Schauer über den Rücken jagen. Die Hilflosigkeit der Berliner Polizei im Umgang mit dem schlimmen Treiben steht in der unglücklichen Tradition des Versagens im Fall des Weihnachts-Attentäters Anis Amri. Und sie steht symbolhaft für die Ratlosigkeit des Staates bei der Integration jenes Teils der Zuwanderer, die sich in ihren Parallelgesellschaften eingerichtet haben und sich um die Werte unseres Gemeinwesens nicht scheren. Die sich auch nicht scheuen, ihre Verachtung für Schwule und andere Minderheiten zu zeigen. Weil ihr dumpfes Ressentiment täglich neue Bestätigung erhält durch das Satelliten-TV, das das archaische Denken ihrer Länder in die Metropolen Europas trägt – bis es hier zum Zusammenprall der Zivilisationen kommt. Der Angriff auf die Juden ist ein Angriff auf die pluralistische Gesellschaft.

Deutschlands Willkommenskultur sollte ein Zeichen an die Welt sein, dass das Land der Täter ein anderes geworden ist, hilfsbereit und Menschen in Not zugewandt. Die Szenen dieser Woche aber senden, nicht weniger als die vielen Anschläge auf Asylheime, ein anderes Signal von Deutschland in die Welt: dass die Unkultur der Intoleranz bei uns stärker wird. Nur wo bleibt in diesem Fall der Aufschrei? Und, wichtiger, wo die Reaktion des Rechtsstaates, wenn auf deutschem Boden zu Mord aufgerufen wird?



Georg Anastasiadis

Sie erreichen den Autor unter Georg.Anastasiadis@merkur.de

**Sitzenbleiben abschaffen
Schule als Strafe**

Schule ist nicht zum Sitzenbleiben da. Die Diskussion darüber gibt es schon lange, überflüssig ist sie deswegen nicht. Die meisten Schüler empfinden die als „Ehrenrunde“ belächelte Zwangsmaßnahme als Demütigung. Das sollte man ihnen ersparen. Sitzenbleiben in seiner althergebrachten Form ist pädagogisch und ökonomisch gesehen antiquiert. Und zwar aus einem Grund: Es ist unsinnig, dass ein Schüler, der in zwei oder drei Fächern einen Fünfer hat, das komplette Schuljahr, also zehn oder mehr Fächer, erneut aufgebüdet bekommt. Wird das so vollzogen, macht man Nachhilfe zur Strafe.

Die komplette Abschaffung des Sitzenbleibens kann freilich erst am Ende eines Entwicklungsprozesses stehen. Sie setzt ein anderes Denken an den Schulen voraus, ein Denken, das die individuelle Förderung des Schülers in den Mittelpunkt stellt, dem Schüler aber gleichzeitig vor Augen führt, das er dafür auch etwas leisten muss. Die Abschaffung des Sitzenbleibens darf nicht zur anstrengungslosen Schule führen. Aussichtslos ist das nicht. Das zeigen die bayerischen Grundschulen, wo die Sitzenbleiber-Quote nur noch 0,2 Prozent beträgt. Diese Marke sollte den anderen Schularten ein Vorbild sein.



Dirk Walter

Sie erreichen den Autor unter Dirk.Walter@merkur.de

**Frankreichs Präsident an allen Fronten
Macron-Mania**

Die „Macron-Mania“ nimmt kein Ende. Seit Charles de Gaulle hat kein Präsident den europäischen Führungsanspruch Frankreichs so verkörpert wie der 39-jährige Hausherr im Elysée-Palast. Er macht damit den Ausfall Berlins und Londons umso augenfälliger. Egal welches Themenfeld, von den Krisenherden der Golfregion über die Terrorgefahren in der afrikanischen Sahelzone bis zum Amerika-Autisten im Weißen Haus: Macron ist als Handschlag in allen Gassen unterwegs.

Neueste Bühne: die Klimakonferenz in Paris. Bei aller Selbstdarstellung und manchem Blendwerk (etwa der angekündigte Kohleausstieg bis 2021; kein Kunststück bei 75% Atomstromanteil in Frankreich): Macron geht es vor allem um eins: Effizienz. Er lässt sich von Trumps Klima-Abschied nicht beirren – und verbündet sich stattdessen mit Amerikas Forschern, Bundesstaaten und Wirtschaftsführern wie Bill Gates oder den großen Finanzinvestoren, die ihre Billionen-Vermögen mehr und mehr aus der Kohle-Industrie abziehen. Das bewirkt eine Vielfaches mehr als Diplomaten-Floskeln auf Gipfelpapieren.

Diesen Esprit könnte auch EU-Europagutgebrauchen. Man muss nicht allem zustimmen, was Macron will (Euroraumbudget). Aber die Chance, Europa fit(ter) für die Zukunft zu machen, war lange nicht so groß. Merkel, bitte melden!



Alexander Weber

Sie erreichen den Autor unter Alexander.Weber@merkur.de

KARIKATUR



Die SPD sondiert Koalitionsmodelle.

ZEICHNUNG: SAKURAI

SCHWARZ-ROTE SONDIERUNGEN

„Die SPD hat eine starke Position“

München – Heute starten die Gespräche zwischen Union und SPD. Warum der Weg in eine neue Große Koalition besonders schwierig ist, erklärt der Politologe Stefan Wurster.

■ Herr Wurster, spielen Sie Prophet: Was steht am Ende der schwarz-roten Sondierungen?

Zunächst mal die Entscheidung, ob man grundsätzlich für eine erneute Koalition bereit ist. Ich erwarte einen ungewöhnlich langen Prozess. Aber klar ist auch: Schwarz-Rot ist die letzte realistische Option. Neuwahlen sind unkalkulierbar. Und eine Minderheitsregierung würde Angela Merkel deutlich schwächen, auch international.

■ Welche Fehler der gescheiterten Jamaika-Verhandlungen sollten sich nicht wiederholen?

Schwierig zu sagen. Wahrscheinlich hilft der Umstand, dass man sich gut kennt, seit vier Jahren gemeinsam regiert, alle Partner über Regierungserfahrung verfügen – und auf fachliche Expertise aus den Ministerien zugreifen können. Bei Jamaika waren mehr Partner am Tisch, von kleinen Zehn-Prozent-Parteien bis zur Union. Jetzt haben wir dagegen zwei große Parteien, auch wenn sowohl Union als auch SPD Wahlverlierer sind.

■ Zwei Wahlverlierer, von denen irgendwie nur die SPD richtig unter Druck zu stehen scheint.

Das ist tatsächlich verwunderlich. Eigentlich müsste der Druck deutlich mehr auf der Union liegen, auch weil die Bundeskanzlerin die Verhandlungen mit FDP und Grünen nicht erfolgreich führen konnte.



Da waren sie noch Gegner: Merkel und Schulz bei einem TV-Auftritt am Wahlabend.

DPA

■ Helmut Kohl war nach 16 Jahren an der Macht am Ende. Lläuft Merkel auch in diese Falle?

Auch bei Merkel gibt es Verschleißerscheinungen, obwohl sie keinen polarisierenden, sondern über weite Strecken einen eher präsidialen Politikstil gepflegt hat. Auffällig ist: Die Union ist inhaltlich und personell entkernt. Es gibt keinen Kandidaten, der einem sofort als Merkel-Alternative einfällt. Das war vor Kohls vierter Amtszeit übrigens anders, damals war Wolfgang Schäuble kurz vor dem Sprung – auch wenn Kohl dann doch ein letztes Mal angetreten ist.

■ Wie kann die SPD von diesem leichten Rost bei Merkels Union profitieren? Die SPD muss hoffen, dass bei



Prof. Stefan Wurster (37)
Politikwissenschaftler an der Hochschule für Politik München

einer erneuten Koalition auch mal die Kanzlerpartei an Popularität verliert. Nur zeigt die Erfahrung, dass meistens der größere Partner in einer Regierung die Erfolge verbuchen kann – auch wenn sie vom kleineren Partner kommen.

■ Kann eine neue Große Koalition aus Sicht der Genossen trotzdem klappen? Die SPD muss sich inhaltlich durchsetzen. Sonst werden

PRESSESTIMMEN

zu Syrien/Putin

„Russland kehrt als Supermacht im Nahen Osten zurück. Wladimir Putin beansprucht dies nicht mit Worten, sondern mit einer diplomatischen Tour nach allen Regeln der Kunst: Syrien, Ägypten und Türkei an einem einzigen Tag, um die Weite und die Vielfältigkeit der Allianzen in der Region zu zeigen. Und das Timing ist eine Antwort auf die einseitige Entscheidung von Donald Trump, Jerusalem als Hauptstadt Israels anzuerkennen.“

LA REPUBBLICA, ROM

„Assad mag sich mit Waffen an der Macht halten, aber für den Wiederaufbau in seinem Staat fehlt das Geld. Russland ist nicht in der Lage, nun auch noch umfangreiche Wirtschaftshilfe in das Land zu pumpen. So lässt sich leicht ausmalen, dass Assads

Syrien auf Jahre hinaus ein zerstörtes, wirtschaftlich darniederliegendes Gebiet bleiben wird, in dem blutige Konflikte weiter köcheln werden.“

NEUE ZÜRCHER ZEITUNG

zu Union/SPD

„Niedrigrenten, hohe Mieten, verödete Landregionen und diffuse Ängste vor der nächsten technischen Revolution, dazu die Aufholjagd bei Digitalisierung, Bildung, Infrastruktur, das sind alles klassische Themen für Volksparteien. Allein auf diese Punkte ließe sich ein solides Regierungsprogramm bauen. Es müssen nur alle bereit sein, die Instrumentendebatten hintanzustellen. Wählern ist schnurz, ob sie bürger- oder Allianz-versichert sind, so lange es sich auszahlt.“

TAGESSPIEGEL, BERLIN

empfeht – und das abgelehnt würde. Die SPD-Führung wäre dann extrem geschwächt, dazu kämen sehr wahrscheinliche Neuwahlen.

■ Die SPD schlägt jetzt eine KoKo, eine Kooperations-Koalition, vor. Ist das realistisch?

Die KoKo wäre immerhin eine Innovation, das gab es bisher noch nicht. Für die SPD wäre sie vorteilhaft, weil man sich inhaltlich für andere Mehrheiten öffnen könnte. Realistisch ist sie aber nicht. Wir hätten es mit einer schwachen Regierung zu tun, weil sie nicht in allen Fragen eine eigene Mehrheit hinter sich hätte. Die Union kann deshalb kein Interesse daran haben.

■ SPD-Chef Schulz macht schon jetzt einen verwirbelten Eindruck. Könnte er glaubwürdig Teil eines Kabinetts Merkel IV sein?

Für einen solchen Rat ist es ein bisschen früh. Wenn er inhaltlich viele Punkte durchsetzt, könnte das durchaus Sinn machen. Weil die Union der SPD, wie gesagt, entgegenkommen muss, wäre ein wichtiges Ministerium wie das Finanzressort denkbar. Problematisch ist aber: Auch ein Ministeramt unter Merkel hat Schulz eigentlich ausgeschlossen.

■ Sein Vorstoß, bis 2025 die „Vereinigten Staaten von Europa“ zu schaffen, hat bei der Union nicht für Freudensprünge gesorgt...

...zumal wir ja in manchen Ländern eher die gegenteilige Entwicklung sehen, also die Forderung nach weniger EU-Integration. Aber bisher haben sich Union und SPD in der Europa-Politik, trotz mancher Unterschiede, immer geeinigt.

Interview: Maximilian Heim

KoKo in der Krabbelgruppe

Spitzen von Union und SPD treffen sich heute an geheimem Ort – Seehofer spöttelt über KoKo-Vorschlag

Berlin – Es wird ein Tag ganz im Zeichen von Schwarz-Rot. Heute Morgen kommt die geschäftsführende Große Koalition um Angela Merkel zur Kabinettsitzung zusammen. Am Abend versammelt die Kanzlerin die Spitzen von Union und SPD dann in kleiner Runde: Zweieinhalb Monate nach der Wahl und dreieinhalb Wochen nach dem Jamaika-Aus startet die CDU-Chefin einen zweiten Anlauf für eine stabile Regierung.

Schon jetzt ist klar: Noch nie seit Gründung der Bundesrepublik hat eine Regierungsbildung so lange gedauert wie diesmal. Bereits in der Regierungsrunde von CDU, CSU und SPD geht es um zwei jener Themen, die zu den Kern-

problemen einer künftigen Regierung zählen werden: Terrorismus und Migration. Gegen 19 Uhr startet Merkel dann ihre Mission GroKo 3. Es ist eine Runde der Angeschlagenen: Mit dem SPD-Vorsitzenden Martin Schulz, CSU-Chef Horst Seehofer und den Fraktionsspitzen Andrea Nahles (SPD), Volker Kauder (CDU) und Alexander Dobrindt (CSU) will sie ausloten, ob, wenn ja wie und bis wann eine stabile Regierung stehen könnte. Alle stehen unter massivem Druck.

Noch ist völlig unklar, in welche Richtung es geht. Starten Anfang Januar offizielle Sondierungen für eine Neuaufgabe der ungeliebten GroKo? Oder läuft es wegen des



Verpönt: Balkon-Bilder wie bei den Jamaika-Sondierungen soll es nicht geben.

DPA

riesigen Widerstands an der SPD-Basis auf eine von der SPD tolerierte Minderheitsregierung der Union hinaus?

In der SPD liebäugelt man inzwischen mit einer Kooperations-Koalition: KoKo statt GroKo. Wenn bestimmte Themen im Koalitionsvertrag of-

fen bleiben, könnte die SPD – so das Kalkül – beim Ringen um Projekte deutlicher machen, wer wofür steht und was auf wessen Betreiben durchgesetzt wird, auch mit anderen Mehrheiten. Als ein Beispiel gilt die gegen die Union durchgesetzte Ehe für alle. Die Idee einer Kooperations-Koalition stammt von der Parteilinken – sie wäre eine Antwort auf den Widerstand in der SPD gegen eine neue Große Koalition, eine Art „dritter Weg“ zwischen Neuwahl und fester Koalition.

In der Union hält sich die Begeisterung in Grenzen. Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU) spöttelte gestern Abend in München, das Modell erinnere ihn an eine Krabbelgruppe. „Die sollen

sich jetzt an den Tisch setzen, mit uns arbeiten und nicht ständig solche Vorschläge, die man mehr aus der Krabbelgruppe kennt, auf den Tisch legen.“ Man könne nicht zum Teil regieren und zum anderen Teil nicht, sagt er. „Gibt's weltweit überhaupt ein Beispiel dafür? Weltweit?“

Dass es die Spitzen von CDU, CSU und SPD mit dem Vorsatz ernst meinen, nicht die gleichen Fehler wie bei Jamaika zu machen, zeichnet sich ab. Unisono wird betont, man wolle reden und nicht via Interview rote Linien ziehen. Selbst den Ort des Treffens hüten alle wie ein Staatsgeheimnis. Die berühmten Balkonbilder von Jamaika gibt es diesmal nicht.

J BLANK/G. ISMAR